

Getarnte Reparationen für Sowjets

Allein im Schiffsbau 400 Millionen — So sieht die „Souveränität“ aus

Berlin (Eigenmeldung). Trotz des offiziell verkündeten „großzügigen Verzichtes“ der Sowjetunion auf Reparationslieferungen aus der Sowjetzone seit dem 1. Januar 1954 und trotz aller Dementis der Pankower Regierung wird die Entnahme von Reparationen unter der Tarnbezeichnung „Exporthandel“ ungehindert fortgesetzt. Das geht einwandfrei aus Unterlagen hervor, die ein aus der Sowjetzone geflohener Außenhandels- und ein Werftangestellter den amerikanischen Behörden in Westdeutschland und Westberlin zur Verfügung gestellt haben. Allein im Schiffsbau werden danach die getarnten Reparationsleistungen an Moskau für das Jahr 1954 einen Wert von über 400 Millionen Ostmark haben. Das ist fast so viel wie der Umfang der offenen Reparationsleistungen der Schiffsbauindustrie im Jahre 1953.

Zwischen dem neuen „Exporthandel“ und den offenen Reparationen besteht nur ein Unterschied: Die Sowjets bezahlen pro forma etwa 30 Prozent der Herstellungskosten der Schiffe. Für 1954 hat die Sowjetunion Schiffe im Werte von 590 Millionen Ostmark bestellt. Dafür wird sie nur 184 Millionen Ostmark bezahlen. Für die übrigen 406 Millionen muß die Sowjetzonenregierung, d. h. also der Steuerzahler in der Zone, aufkommen.

Die gleichen Dienststellen ...

Selbst organisatorisch hat sich an den Reparationslieferungen für die Sowjetunion kaum etwas geändert. Die sowjetzonalen Dienststellen, die für die Lieferungen verantwortlich sind, müssen genau wie vor dem 1. Januar 1954 die sowjetischen Lieferbefehle entgegennehmen und ausführen.

Typisch für die Art und Weise, in der die Schiffe jetzt von den Sowjets bestellt und bezahlt werden, ist die Abmachung, die über einen 3500-Tonnen-Frachter vom Typ Neptun getroffen wurden. In den Verhandlungen setzten die Sowjets den Preis pro Schiff willkürlich auf 6,1 Millionen Rubel fest. Bei Umrechnung in Ost-

mark zum augenblicklichen Kurs (1,80 Rubel gleich 1 Ostmark) ergibt sich eine Summe von 3,4 Millionen Ostmark. Der durchschnittliche Herstellungspreis beläuft sich jedoch auf etwa 10,8 Mill. Ostmark. Die Sowjetzonenregierung ist also gezwungen, die Differenz von 7,4 Mill. Ostmark zu tragen.

Oftmals stellen die Sowjets zusätzliche Wünsche, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß sich das bestellte Schiff bereits im Bau befindet. Diese Extrawünsche müssen ohne Änderung des vereinbarten Preises und Liefertermins erfüllt werden. Entsprechen die gelieferten Schiffe nicht in allen Einzelheiten den sowjetischen Wünschen, muß Pankow sogar zu den 70 Prozent der Kosten, die es zu tragen hat, noch Konventionalstrafe zahlen, die weit über dem auf dem Weltmarkt üblichen Satz für derartige Strafen liegen.

Drei Prozent für eigenen Bedarf

Die gesamte Schiffsbau-Industrie der Zone, die 15 Werften umfaßt und etwa 55 000 Menschen beschäftigt, arbeitet zum weitaus überwiegenden Teil für die Sowjets. Im Jahre 1953 waren 81 Prozent der gesamten

Produktion Reparationsleistungen. 16 Prozent bekam die Seepolizei und ganze 3 Prozent blieben für den Bedarf der Zone selbst. In diesem Jahr soll der Anteil der als Exporte getarnten Reparationen 77 Prozent ausmachen.

Für die Sowjetzone — abgesehen von der Seepolizei — sollen bis 1955 überhaupt nur drei Frachter geliefert werden. Zwei davon sind 3500-t-Schiffe, die ursprünglich als Reparationen gebaut, aber von den Sowjets zurückgewiesen worden waren.

Dieses Material über die sowjetzonalen Schiffbauindustrie ist ein konkretes Beispiel für die „großzügige sowjetische Hilfe“, von der die Regierung der Sowjetzone so gerne redet. Es wirft außerdem ein Licht auf die sogenannte Souveränität der Sowjetzone, auf die Planlosigkeit ihrer „Planwirtschaft“ und auf die Handelsabmachungen, die von den Sowjets „zum gegenseitigen Nutzen“ aufgelegt werden.

Bremsklötze am Aufbau

Berlin (DPA). Eine Prüfungskommission der Sowjetzonenregierung und der SED hat im Magdeburger Schwermaschinenbau-Werk Georgij Dimitroff eine „völlige Desorganisation des Betriebsablaufs“ festgestellt.

In dem Untersuchungsbericht heißt es, der März-Plan des Werkes sei nur zu 58,1 Prozent erfüllt worden.

Als Sündenböcke wurden der technische Direktor Häge und der Betriebsleiter der Formerei, Riicks, fristlos entlassen. Sie werden in dem Bericht als „Bremsklötze am Aufbau“ bezeichnet.

J. B. Gradl:

Der Schlüssel Europas

Leider lassen sich Fehler in der großen Politik nicht einfach ausradieren wie in einem Schulheft, sondern viel Mühsal und Zähigkeit müssen aufgewandt werden, um die Fehler und ihre Wirkungen zu überwinden. Was es erfordert, mit dem kommunistischen Widerpart zu einer besseren Ordnung auf dem Verhandlungswege zu kommen, wird uns gegenwärtig in Genf demonstriert. Auch in Ostasien sind — wie in Europa — seit 1945 große Fehler gemacht worden, von westlichen Politikern und von den herrschenden Schichten der Völker, um die es ging und geht. In diese Verfahrenheit jetzt eine auch vom westlichen Standpunkt erträgliche Ordnung zu bringen, überdies aus einer schwierigen militärischen Position heraus, ist eine schwere Aufgabe. Nur Oberflächlichkeit kann deshalb das, was in Genf vor sich geht, als „Panmunjonismus“ und westliche Schwachheit abtun. Wenn man auf friedlichem Wege weiterkommen will, dann muß man so viel Geduld, Zähigkeit und Geschmeidigkeit aufbringen.

Allerdings wird, falls er überhaupt möglich ist, ein positiver Ausgang jetzt nur erreichbar sein, wenn man sich bei aller Geduld im Verhandeln davon nicht im Handeln lähmen lassen wird.

Neue Konferenz?

Je genauer man hinsieht, um so lehrreicher wird das gegenwärtige Genfer Geschehen auch für Überlegungen darüber, wie es mit Europa und mit unserem eigenen gespaltenen Lande weitergehen soll. Ob es zutrifft, daß Sowjetrußland eine neue Europakonferenz, eine Art zweiter Berliner Konferenz, vorschlagen wird, muß der Zukunft überlassen bleiben. Jedenfalls wird man sich irgendwann erneut zusammensetzen müssen, denn es gibt nun einmal keinen anderen friedlichen Weg als Verhandeln. Natürlich besteht die Gefahr immer neuer östlicher Verzögerungstaktik. Aber dagegen kann man sich durch eigene Aktivität schützen. Leider ist vom Westen

bisher eine der besten Möglichkeiten, nämlich der Aufbau deutscher Verteidigungskräfte, nicht genutzt worden. Wenn wir in dieser Richtung nur halb so weit wären wie im Wiederaufbau unserer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, würde der Kremel seine Deutschland- und Europapolitik schneller auf vernünftige Korrekturen überprüfen.

Jedoch ist das nur die eine Seite dessen, was geschehen muß, um in einer Viermächtekonferenz über Deutschland wirklich weiterzukommen. Die andere Aufgabe ist die, auch unsere politischen Überlegungen für diese Aufgabe zu intensivieren und zu verfeinern. Mit der Klarstellung der eigenen Grundsätze ist noch nicht alles getan, wenn es an die konkrete politische Realisierung geht.

Wir und mit uns die ganze westliche Welt müssen es fertigbringen, für ein wiedervereinigtes Deutschland eine Position zu finden, die allen vier Groß-

mächten und dem freiheitlichen Deutschland annehmbar ist. Und wir müssen dafür genau soviel und noch mehr Entschlossenheit und Zielstrebigkeit, Zähigkeit, Geschmeidigkeit, diplomatische Kunst und Fülle der Einfälle aufbringen, wie sie gegenwärtig in Genf vorgeführt werden. Unnachgiebigkeit in der Lebensfrage Freiheit, aber all dies andere muß auch sein.

Das ist auch der Hintergrund der Diskussion, die neuerdings in Westdeutschland begonnen hat. Sie ist ein Ausdruck der Tatsache, daß die Welt in politischer Bewegung ist, und die freie deutsche Politik, die heute aus Mitteldeutschland ausgeschlossen ist, würde ihrer Verantwortung nicht gerecht, wenn sie sich von dieser Unruhe nicht auch in Bewegung bringen ließe. Wie sagte doch Churchill schon im Juni 1945: Mitteldeutschland ist das Herz und der Schlüssel Europas. Kein Deutscher kann es besser sagen, und kein wahrhafter Europäer kann besser handeln als in diesem Sinne.

„Verschwörer“ Georg Dertinger

DT. Als Georg Dertinger als Außenminister der sowjetischen Republik vor eineinhalb Jahren verhaftet wurde, da hat ihn ein Schicksal erfaßt, das er sich selbst bereitet hatte. Er war nämlich intelligent genug, um das System, in dessen Dienste er trat, als eine totalitäre Diktatur widerlicher Art zu erkennen; aber seine Moral stand nicht auf der Höhe dieser Einsicht. Sonst wäre er den anderen Weg gegangen, anstatt als Helfershelfer des Kommunismus politisch sein ehrgeiziges Glück zu versuchen. So kam das, was kommen mußte: Diejenigen, von denen er sich in der Stunde freiheitlicher Entscheidung trennte, nannten ihn mit Recht einen Verräter; diejenigen, mit denen er in die Unterwerfung ging, um die Partei des christlichen Kommunismus aufzubauen, stießen ihn in der Stunde der Verachtung mit Schimpf und Schande aus ihren Reihen; von denen schließlich, die er unterwürfig bediente und sogar mit der Oder-Neiße-Grenze beschenkte, wurde er jetzt als „Verschwörer“ zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ein ungewöhnliches Schicksal?

Nein, das bereits gewöhnlich gewordene Schicksal derer, die als „bürgerliche“ Außenseiter — ohne bereits in der Welle echt moskowitzisch gefärbt zu sein — dem Bolschewismus in Ministerämtern dienen. Andere wird das gleiche Schicksal noch ereilen. Keiner von ihnen ist jedoch ein „Verschwörer“. Auch Dertinger war es nicht. Der Prozeß gegen ihn, von dem niemand weiß, wann, wo und wie er stattgefunden hat, war auch kein richtiger Prozeß, sondern eine kommunistische „Liquidierung“, bei der das Wort „Verschwörer“ nur die Methode ist, um den Angeklagten zu vernichten. Mit Gesetz und Recht hat das so wenig zu tun wie der „Außenminister“ Dertinger mit einer sauberen deutschen Politik. Seine „Verschwörung“ bestand wahrscheinlich darin, daß er sich zu spät in die westliche Freiheit hat absetzen wollen — in eben jene Freiheit, die er zuvor gegen „Amt und Würde“ verkauft hatte. Sein Schicksal war ihm vor Jahren in entscheidender Stunde prophezeit worden. Anderen kann es auch heute noch eine Warnung sein.

Ein Opfer Hilde Benjamins

Student Wolfgang Kaiser wurde hingerichtet

Berlin (DPA). Nach über zwei Jahren ist von einem Oberst des SSD in Ostberlin vor Pressevertretern mitgeteilt worden, daß der 1952 verhaftete Mitarbeiter der Westberliner Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, der Chemie-Student Wolfgang Kaiser, hingerichtet worden sei.

In einem Prozeß vor dem Obersten Sowjetzonen-Gericht unter Vorsitz Hilde Benjamins war Kaiser einige Monate nach seinem Verschwinden aus Westberlin zum Tode verurteilt worden. Bis zu der nunmehr erfolgten Feststellung des SSD bestand Ungewißheit über das Schicksal Kaisers.

Nach einer Mitteilung der Kampfgruppe hatte Kaiser 1952 einige Tage nach seinem Geburtstag Besuch eines in der Sowjetzone wohnenden Kriegskameraden, den er zur Bahn begleiten wollte. Auf dem Wege dorthin seien sie noch in eine Gaststätte eingekehrt. Von da an fehlte jede Spur von Kaiser. Die Kampfgruppe nimmt an, daß er verschleppt worden ist.

Der Offizialverteidiger Kaisers während des Prozesses ist nach der Verhandlung nach Westberlin geflüchtet. Er gab bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit zu Protokoll, daß die Richterin Hilde Benjamin ihm vor Beginn des Prozesses versichert habe, daß ein Todesurteil nicht zu erwarten sei. In einer Verhandlungspause habe sie den Verteidiger jedoch zu sich gerufen und ihm erklärt, daß „unsere Freunde doch ein Todesurteil wünschen“. Dieses Urteil wurde dann auch ausgesprochen.

Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit erklärte zu der

Hinrichtung Wolfgang Kaisers, damit hätten die Sowjetzonen-Machthaber erneut eine furchtbare Blutschuld auf ihr Haupt geladen. Die Antwort des Westens könne nur darin bestehen, den SSD zur verbrecherischen Organisation zu erklären und jede Beteiligung am Menschenraub im Westen mit dem Tode zu bestrafen.

Zuchthaus für Linse-Entführer

Berlin (Eigenbericht). Wegen Beteiligung an der Entführung des Rechtsanwalts Dr. Linse verurteilte die Zweite Große Strafkammer in Meabit nach elfstündiger Verhandlung den 23jährigen, mehrfach vorbestraften Zimmerer-Lehrling Kurt Knobloch zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Knobloch war im März 1953 bei einem Einbruchversuch in Westberlin festgenommen worden. Sein Freund Horst Brüggemann hatte wenige Stunden vor dem geplanten Einbruch die Polizei verständigt. Gleichzeitig hatte er ihr mitgeteilt, daß Knobloch an dem Menschenraub beteiligt gewesen sei, der am

8. Juli 1952 in Berlin-Lichterfelde an dem Mitarbeiter des Untersuchungsausschusses freier Juristen, Dr. Walter Linse, verübt wurde.

Knobloch hatte nach seiner Verhaftung ein umfassendes Geständnis abgelegt, in dem er alle Einzelheiten der Entführung schilderte. Auch vor dem Vernehmungsrichter wiederholte er später dieses Geständnis. Kurze Zeit danach jedoch widerrief er alle seine Angaben. Er sei nicht an dem Menschenraub beteiligt gewesen, sagte er, sondern habe nach vorheriger Absprache mit Brüggemann dieses Geständnis abgelegt, um sich in den Besitz der ausgesetzten Belohnung von 10 000 DM zu bringen.

Der als Zeuge vernommene Brüggemann sagte jedoch unter Eid aus, daß eine solche Absprache mit Knobloch niemals stattgefunden habe. Dieser habe ihm vielmehr am Tage der Entführung Dr. Linses eine eingehende Schilderung der Tat gegeben, ihm eine Pistole gezeigt und sich sogar noch gerühmt, an der Verschleppung beteiligt gewesen zu sein.

Bekannter Fußballtorwart verurteilt

Berlin (Eigenmeldung). Wegen „friedensgefährdender faschistischer Propaganda“ in Tateinheit mit Körperverletzung verurteilte das Ostberliner Stadtgericht den bekannten Ostberliner Fußballtorwart Günther Lerch zu drei Jahren Gefängnis. Die gleiche Strafe erhielt sein Freund Albrecht Foullong. Lerch war zuletzt Torwart der Ostberliner Fußball-Ligamannschaft „Motor Oberschöneweide“.

Die beiden Angeklagten hatten am 4. Februar bei einer Geburtstagsfeier in einer Gaststätte den Vorsitzenden der „Nationalen Front“ verprügelt und hinausgeworfen. Der Funktionär hatte ihnen ein Flugblatt

über die Viermächtekonferenz übergeben und sie aufgefordert, am nächsten Tag mit ihren Arbeitskollegen darüber zu diskutieren.

Täschner verschwunden

Berlin (DPA). Der vor kurzem abgesetzte Generalsekretär der Sowjetzonen-LDP, Herbert Täschner, ist nach zuverlässigen Informationen spurlos verschwunden. Für eine von der LDP-Parteileitung verbreitete Version, Täschner sei mit einem Nervenzusammenbruch in das Krankenhaus Berlin-Buch eingeliefert worden, war bisher keine Bestätigung zu erhalten.

Einigkeit gegen den Kommunismus

Politik des Friedens trotz Atombomben und Terror

New York (AP/DPA). Einen leidenschaftlichen Aufruf, sich im Kampf gegen den Kommunismus zusammenzuschließen, richtete Präsident Eisenhower an die freien Völker. Das Ziel der freien Welt — ein Frieden der Gerechtigkeit, der Wahrheit und der Anständigkeit — könne nur erreicht werden, wenn die Menschheit der ganzen Welt die geistigen Gefahren des Kommunismus erkenne und verstehe.

Eisenhower sprach anlässlich des 200. Jahrestages der Gründung der Columbia-Universität. Er ging von der sowjetischen Politik des „Teile und herrsche“ aus und wies darauf hin, daß der Kommunismus ständig bestrebt sei, die freie Welt zu spalten und zu schwächen. Zu diesem Zwecke baue er jede Meinungsverschiedenheit zwischen Ländern der freien Welt, jede echte Diskussion, wie sie zu den Charakteristiken der freien Welt gehöre, zu einem angeblichen Anzeichen beginnender Spaltung auf und versuche, ein Land gegen das andere auszuspielen.

In diesem Vorgehen des Kommunismus liege, wie sich gerade in Amerika zeige, eine gewisse Gefahr. Die Gefahr nämlich, daß auch loyale Bürger unwissentlich zu Helfern der kommunistischen Propaganda werden könnten. Es gebe keine andere Frage, in der sich die Amerikaner so einig seien, wie in der Notwendigkeit der Bekämpfung des Kommunismus, und doch bestehe im Augenblick in den USA keine größere Meinungsverschiedenheit als die, wie der Kommunismus zu bekämpfen sei.

Eisenhower sagte, „nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Menschen — selbst in der Sowjetunion — sei auf der Welt bestrebt, durch Gewalt und Betrug die Weltherrschaft zu eringen und den Wunsch der Menschheit nach Frieden und Wohlstand zu unterdrücken“.

Trotz Atom- und Wasserstoffbomben, trotz Terrors und Wühlarbeit aber gebe es einen Weg zum Frieden. „Der Schlüssel hierzu ist Wissen und Verstehen, ihre ständige Anwendung durch die Menschheit in der ganzen Welt.“

Das amerikanische Volk habe sich auf der Suche nach Frieden zwei weitreichenden Zielen verpflichtet: 1. Frieden durch Zu-

sammenarbeit, Gerechtigkeit, Wahrheit und Anständigkeit. 2. Stärkung der militärischen Macht. Dabei aber „gibt es kein Jota Aggression, nicht die Absicht, andere auszubeuten oder ihnen den zustehenden Platz in der Welt zu verwehren“.

Enthüllungen im US-Senat

Ein angebliches Dokument Maos — Ziele der Weltrevolution

Washington (AP). Der amerikanische Senator Knowland hat dem Senat ein Dokument vorgelegt, das angeblich von dem rothinesischen Kommunistenführer Mao Tse Tung stammt und die kommunistischen Ziele für die Weltrevolution enthält. Mao soll dieses Dokument im März 1953 nach Stalins Tod nach Moskau gesandt haben. Wie Knowland in den Besitz dieses Schriftstückes gekommen ist, teilte er nicht mit.

In dem Dokument warnt Mao vor jeder Außenpolitik, die zum allgemeinen Krieg führen könnte, weil der Ostblock vor 1960 nicht stark genug sein werde, sich mit den kapitalistischen Ländern zu messen. Der Plan sieht die „friedliche Durchdringung“ ganz Asiens bis 1965 und die Ausdehnung des Kommunismus auf Afrika, Westeuropa und die übrige Welt bis 1973 vor. Westeuropa soll erst gegen 1970 an die Reihe kommen, und zwar soll es nach einem „totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch zwangsläufig kapitulieren.“

Ansatzstelle und Aufmarschraum für die kommunistische Welteroberung soll Ost- und Südostasien, vor allem Indochina sein. Der Plan sieht ferner die Isolierung der USA vor, damit sie nicht von sich aus eine vor 1960 militärische Entscheidung suchen. Großbritannien müsse überzeugt werden, daß eine Lösung der Hauptfragen zwischen Ost und West und ein Nebeneinanderleben möglich sei. Im Falle Frankreich müsse sich der Kommunismus die Furcht vor Deutschland zunutze machen und dem französischen Volke

Frankreichs KP halbiert

Paris (AP/DPA). Die Kommunistische Partei Frankreichs hat in den vergangenen sieben Jahren fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Dies geht aus einem Bericht hervor, der auf dem Parteikongreß der französischen KP veröffentlicht wurde.

Danach hat die Partei gegenwärtig 506 535 Mitglieder gegenüber 907 785 im Jahre 1947. Nur elf Prozent der französischen Kommunisten sind jünger als 25 Jahre; 29 Prozent sind über 50 Jahre alt.

das Gefühl vermitteln, durch eine Zusammenarbeit mit dem Osten sicherer zu sein als im westlichen Lager.

Glanzvoller Empfang für Tito

Athen (DPA). Griechenland bereitete dem jugoslawischen Staatspräsidenten Tito einen glanzvollen Empfang. Unter dem Salut der Küstenbatterien ging König Paul von Griechenland im Hafen von Piräus an Bord des jugoslawischen Schulschiffes „Galeb“ und begrüßte den Gast. Bei einem Essen im königlichen Palais überreichte König Paul dem Marschall als erstem Staatschef eines kommunistischen Landes den höchsten griechischen Orden, das „Großkreuz des Heiligen Erlösers“.

Bei den Beratungen zwischen Tito und dem griechischen Ministerpräsidenten, Marschall Papagos, über den Abschluß eines Balkanmilitärpaktes wurde nach einer amtlichen Verlautbarung volle Übereinstimmung erzielt.

Wirtschaftskrise nicht überwunden

Kritische Versorgungslage der Sowjetzone — Fleisch, Saatgut, Rohstoffe knapp

Mit sachverständigem Urteil untersucht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Dahlem die wirtschaftlichen Schwächen der Sowjetzone. Diese sind selbst aus dem offiziellen Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung herauszulesen. Die augenblickliche Situation zeigt in Einzelzügen wiederum eine Zuspitzung im Wirtschaftsverlauf der Sowjetzone, „so daß sich wieder Schwierigkeiten wie im vorigen Jahr entwickeln“.

Mit Hilfe der Staatsreserven und einer beschleunigten Einfuhr wurde im letzten Jahr versucht, die Versorgungskrise zu mildern. Beträchtliche Umsatzsteigerungen im Einzelhandel wurden „geplant“. Jetzt heißt es summarisch in dem offiziellen Bericht für das erste Quartal 1954: „Der Warenumsatzplan wurde jedoch nicht erfüllt.“ Bei der gemeldeten Umsatzsteigerung von 15 Prozent gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahrs darf nämlich nicht vergessen werden, daß die Umsätze damals mit nur 95 Prozent des geplanten Solls unverhältnismäßig niedrig lagen. Seit der zweiten Jahreshälfte 1953, wo mit Reserven und Einfuhren künstlich nachgeholfen wurde, sind die Einzelhandelsumsätze in der Sowjetzone schon wieder um 10 Prozent gefallen, obwohl eigentlich infolge einer Sprozentigen nominellen Lohnerhöhung und gewisser Steuer-senkungen die umgekehrte Entwicklung hätte eintreten müssen.

Fehlplanung

Ein Beispiel für die kritische Lage der Versorgung ist wieder der zunehmende Fleischmangel. Selbst die Kartenrationen können nicht mehr überall pünktlich beliefert werden. Fehlplanungen, Viehseuchen und Knappheit an Futtermitteln sind die Ursachen dafür.

In der Landwirtschaft gab es zwar etwas mehr Düngemittel und Maschinen, aber die Versorgung mit Saatgut war sehr knapp, es fehlten Pflanzkartoffeln.

Auch die angeblich um 28 Prozent gestiegenen Umsätze im Außenhandel der Sowjetzone im ersten Quartal gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres verlieren an Gewicht, wenn man bedenkt, daß damals der Außenhandelsumsatz sehr niedrig war. Im Vergleich zur zweiten Hälfte

1953 dürfte der Außenhandel dagegen etwas nachgelassen haben.

Sowjetblock kann nicht liefern

Eine relative Verstärkung des Außenhandels mit den „kapitalistischen Staaten“ dürfte daraus zu erklären sein, daß aus dem Sowjetblock die dringend benötigten Einfuhrgüter nicht zu erhalten waren. Das unbefriedigende Gesamtergebnis läßt aber erkennen, daß auch hier-

für zuwenig geeignete Exportgüter bereitgestellt werden konnten.

Das Dahlemer Forschungsinstitut stellt fest, daß die wirtschaftlichen Aussichten auf eine bessere Versorgung der Sowjetzone in der allernächsten Zeit ungünstig sind. Für eine langfristige Entwicklung zeige der mitgeteilte Investitionsplan einige Ansätze zu einem Ausgleich der Fehlplanungen in der Verteilung der Mittel zwischen Investitionsgüter- und Verbrauchsgüterherstellung. Ob aber die Umstellungen ausreichen werden, um in absehbarer Zeit den Bedarf der Bevölkerung an Verbrauchsgütern bereitzustellen, müsse dahingestellt bleiben.

„Holzgaser“ immer noch Trumpf

Berlin (Eigenbericht). Die Ostberliner Reparaturwerkstätten für Kraftfahrzeuge haben in diesen Tagen Hochbetrieb als Folge der von der Volkspolizei angeordneten technischen Überprüfung aller Kraftfahrzeuge. Bis zum 30. Juni müssen sämtliche Wagen bei der Prüfstelle der Vopo vorgeführt werden.

Da bereits ein sehr scharfer Maßstab angekündigt worden war, ziehen es die Fahrzeugbesitzer vor, ihre Vehikel schnell noch einmal überholen zu lassen. Seit einer Woche nehmen die größeren Reparaturwerkstätten nun überhaupt keine Fahrzeuge mehr an, zumal die Ersatzteillager große Lücken aufweisen.

Auch in der Zone sind diese technischen Überprüfungen be-zwangsweise im Gang, und dort sieht es ähnlich aus. Am sichersten sind noch die während des Krieges in Betrieb genommenen und umgebauten Holzgas-Fahrzeuge, für die es erstaunlicherweise noch Reparaturteile gibt.

Durchschnittlich beträgt das Alter der Fahrzeuge 13 bis 20 Jahre. Dementsprechend ist ihre Verkehrssicherheit vielfach völlig unzureichend. Sogar bei den Postfuhrparks sind die „alten Schinken“ in der Mehrzahl. Schon bei der ersten Überprüfung, die zusammen mit der

Neuausgabe der Autokennzeichen in der Zone durchgeführt wurde, waren über 85 Postfahrzeuge wegen technischer Mängel zurückgestellt worden.

Insgesamt 1500 Kraftfahrzeuge wurden bei der damaligen Überprüfung abgelehnt. Auch die Versuche der Fahrzeugbesitzer, durch einen gegenseitigen Austausch der Materialien für Bremsen, Steuerung und Reifen die Volkspolizei-Prüfstellen zu überlisten, weil sie die nötigen Ersatzteile trotz aller Mühe nicht bekommen konnten, beweisen die kritische Situation im Kfz-Wesen der Zone. Bei den zahlreichen Garagenkontrollen wurde damals nämlich festgestellt, daß der angeblich einwandfreie Zustand der Fahrzeuge vor den Augen der Prüfer nur vorübergehend war, um die Zulassung überhaupt zu erhalten. Später waren diese „ausgeliehenen“ Teile wieder ausgebaut und durch die früheren, unzulänglichen Teile der Fahrzeuge wieder ersetzt worden.

Auch die Verwendung von Ersatzmaterial und Reifen aus der Westproduktion wird bei dieser Überprüfung beachtet. Sofern diese Teile nicht ordnungsgemäß im Interzonenhandel beschafft worden sind, wird gegen die Fahrzeugbesitzer ein Verfahren eingeleitet.

Rotkreuz hält Kontakt aufrecht

Austausch der Unterlagen über Vermißte geplant

Bonn (Eigenmeldung). Das sowjetische Rote Kreuz hat sich bei den ersten Gesprächen mit dem Deutschen Roten Kreuz der Bundesrepublik während der internationalen Konferenz in Oslo bereit erklärt, die Verhandlungen über das Schicksal der deutschen Vermißten fortzusetzen.

Das Deutsche Rote Kreuz wurde aufgefordert, seine Wünsche im einzelnen schriftlich darzulegen. Wie verlautet, wird sich das Deutsche Rote Kreuz daraufhin in Kürze mit einem neuen Schreiben an das sowjetische Rote Kreuz in Moskau wenden. Es wird angenommen, daß das DRK in erster Linie einen Austausch der Unterlagen über Vermißte und Verschollene anregen wird, damit deren Angehörige endlich verlässliche Nachrichten erhalten können.

Sender Freies Berlin

Berlin (AP/DPA). Ihre Glückwünsche für eine lange erfolgreiche Arbeit des Senders Freies Berlin, der den NWDR Berlin ablöste, sprachen der Regierende Bürgermeister Dr. Schreiber und der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Suhr in die Mikrofone des neuen Senders. Die Intendanten westdeutscher Rundfunkstationen schlossen sich an.

Dr. Schreiber begrüßte den Sender als „Stimme der Freiheit, der Einheit und des Friedens Deutschlands“. Seine besondere Aufgabe sei es, der Bevölkerung der Bundesrepublik und der ganzen freien Welt die Nöte und Hoffnungen unserer Landsleute in der Sowjetzone verständlich zu machen, Ausdrucksmittel der Sehnsucht nach Wiedervereinigung zu sein und

„als Mittler zwischen allen Deutschen nicht zu rasten und ruhen, bis der Wunsch nach Freiheit und Einheit unseres Vaterlandes Erfüllung findet.“

Der Generaldirektor des NWDR, Dr. Hans Grimme, erklärte, der bisherige NWDR Berlin sei dazu dagewesen, den Menschen in Ost und West täglich die Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen ins Bewußtsein zu rufen. Jetzt werde der neue Sender diese Aufgabe weiterführen.

Eine Zusage Pankows

Eine Kommission der evangelischen Kirche und des sowjetischen Aufbauministeriums hat die für den Kirchenbau in Stalinstadt in Frage kommenden Plätze besichtigt. Vorher hatte die Kirchengemeinde schon die Genehmigung erhalten, sofort

eine Baracke zu errichten, die bis zur Fertigstellung der Kirche für Gottesdienste und Unterricht zur Verfügung steht. Der Aufbauminister der Pankower Regierung hat Propst Grüber versichert, daß die Baugenehmigung für eine Kirche in Stalinstadt sofort nach Eingang der Unterlagen erfolge.

SED verlangt Kirchenaustritt

Berlin (KNA). Die Funktionäre der SED dürfen nicht mehr einer christlichen Kirche angehören. Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt wird, werden führende Parteimitglieder in mündlichen „Verhandlungen“ vor die Wahl gestellt, entweder aus der Kirche auszutreten oder ihre Parteifunktionen niederzulegen. Meldungen über derartige „Besprechungen“ liegen vor allem aus dem Bezirk Chemnitz, aber auch aus anderen Teilen der Zone vor.

Der 17. Juni in Berlin

Berlin (DPA/AP). Vertreter der Bundesregierung und der Opposition sprechen auf der Berliner Gedenkfeier am 17. Juni, dem ersten Jahrestag des Volksaufstandes in der Sowjetzone. Als Hauptredner sind Vizekanzler Franz Blücher und der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer vorgesehen, der damit einem Ersuchen des Regierenden Bürgermeisters folgt. Dr. Schreiber selbst wird die Kundgebung eröffnen, der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Suhr, das Schlußwort sprechen.

Bundesminister Jakob Kaiser und der Berliner DGB-Vorsitzende Ernst Scharnowski werden vorher in einer Gedenkstunde an

den Gräbern der Opfer des Juni-Aufstandes auf dem Friedhof in der Seestraße sprechen und dort Kränze niederlegen.

10000 Ballons auf der Reise

Nürnberg (DPA). Evangelien, Bibelkommentare und Predigten in slowakischer, tschechischer, polnischer und russischer Sprache wurden von dem kleinen Ort Cham (Oberpfalz) aus mit 10 000 Ballons aufgelassen.

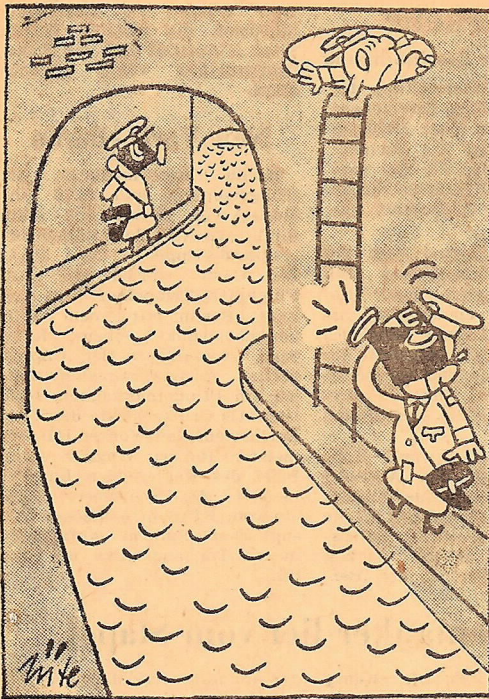
Keine Anerkennung

Bonn (KNA). Eine vom „Neuen Vorwärts“ verbreitete Behauptung einer geplanten Anerkennung der Sowjetzonenregierung durch den Vatikan entbehre jeder Grundlage. Dies wird von unterrichteter kirchlicher Stelle in Bonn erklärt. Der „Neue Vorwärts“ hatte diese Behauptung im Zusammenhang mit dem Besuch des Apostolischen Nuntius, Erzbischof Muench, bei den Bonifatius-Feiern in Erfurt aufgestellt.

Zuschuß für Dom-Aufbau

Berlin (Eigenmeldung). Für den Wiederaufbau des Berliner Doms in Ostberlin wird der Senat dem Domkirchen-Kollegium einen Zuschuß in Höhe von 83 100 DM gewähren. Dieser Zuschuß dient zum Ankauf von Baumaterialien, die in der Sowjetzone nicht zu haben sind. Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses ist, daß

Westberliner Erzeugnisse gekauft werden. Für den Wiederaufbau des Doms sollen in Westberlin unter anderem 120 Tonnen Walzeisen für die Konstruktion einer neuen Außenkuppel sowie 400 Quadratmeter Bodenplatten und 450 Quadratmeter Zementdielen für den Kirchenfußboden gekauft werden.



„Posten Dritter Mann nichts Neues, Genosse Kommissar, bis jetzt hat noch kein FDJler versucht, auf diesem Wege die Sektorengrenze nach Westberlin zu überschreiten.“

Auch ein Kinderfreund

In jedem totalitären Staatsmann ist ein Kinderfreund versteckt, der spielen will: den guten Onkel nämlich, der Bonbons und Erdbeertorte mit Schlag-Sahne spendiert. So hielt es schon Adolf Hitler, wenn er auf dem Obersalzberg seinen fotografischen Lippenfeger auf die Wangen eines herzigen Bubens drückte. Nun macht Schloßherr Wilhelm Pieck es ihm nach. Zum „Internationalen Kinder-tag“ verwandelte er in Niederschönhausen sein feudal-sozialistisches Altersheim flugs in einen propagandistischen Kindergarten, fütterte dreißig Junge Pioniere mit Kaffee und Kuchen, gab ihnen leutselige Ermahnungen und führte sie schließlich sogar „in einer lustigen Polonäse“ durch seine Gemächer. Viel fehlte nicht, daß er im Scheinwerferlicht der volkseigenen Wochenschau auch

noch Haschezeck mit ihnen gespielt hätte — kurzum, in ganz Europa gibt's nicht solchen Opa wie diesen Onkel Pelle des SED-Staates.

Und nun haben die SED-Zeitungen ihren „Aufhänger“ für das Artikelsoll über das glückliche Leben der Kinder in der DDR, um die sich der Herr Staatspräsident persönlich kümmert. Über die Kinder freilich, denen der Staatssicherheitsdienst vielleicht gerade am „Internationalen Kindertag“ die Väter fortnahm, schweigt des Sängers Höflichkeit. Die Sowjetzonenbewohner aber wissen Bescheid, und deshalb wird auch kein Niederschönhausener Kinderfest den merkwürdigen Landesvater populär machen, der seine makabre Doppelrolle als Erster Kerkermeister und Erster Babysitter seines Volkes so talentvoll spielt.

Am Rande bemerkt ...

Sonnenseite mit Sperrgürtel

Beim FDJ-Pfingsttreffen in Berlin hat die Vopo wieder einmal demonstriert, wie das Wort „Deutsche an einen Tisch!“ auszulegen ist: Es darf keinesfalls ein wohlgedeckter Tisch bei Westberliner Gastgebern sein, denn mit sattem Magen werden selbst marxistisch-leninistisch aufgeklärte Jugendfreunde leicht zu abgeklärten „Versöhnlern“.

*

Zur Vermeidung solcher ideologischen Unfälle hatte man diesmal ganz groß vorgesorgt. An jedem Fleckchen der Sektorengrenze, auf jedem Grenzbahnhof der U- und S-Bahn war die Vopo gleich rudelweise aufmarschiert, um aufzupassen, daß die FDJler brav im Sowjetsektor blieben. Die Sonnenseite Berlins nannte ihn Herr Honecker — wohl, weil so vielen dort der Boden unter den Füßen zu heiß wird.

Aber auch die schärfste Absperrung erwies sich noch als ungenügend. Und während die Pankower Größen ihr blaues Wunder erlebten, die stundenlange Parade einer Jugend in Uniform, kamen Tausende von FDJlern in Zivil nach Westberlin, um sich im Schatten der Freiheitsglocke von der „Sonnenseite“ zu erholen. Sie meldeten sich auf den 45 Westberliner Kontaktstellen, erlebten einen bunten Nachmittag in der Waldbühne und führten mit Politikern des freien Berlin und der Bundesrepublik „gesamtdeutsche Gespräche“, wie sie Pankow nicht meint.

*

Allerdings mußte die Vopo beweisen, daß sie ihr Soll erfüllte. Und so holte sie einige Jugendliche, die aus Westberlin zurückkehrten, aus der S-Bahn und führte sie in Handschellen ab.

Wenn einige unverbesserliche westdeutsche Jungkommunisten beim Antransport von Propagandamaterial aus der „DDR“ an der Zonengrenze einige Stunden festgehalten werden, dann entrüstet sich die SED-Presse: „Hier wurde ein Deutscher von Deutschen gefangen, weil er von Deutschland nach Deutschland gegangen.“ Für ihre eigene Handlungsweise scheinen die Pankower Machthaber andere Sprüche gelten zu lassen.

Immerhin — „von Deutschen gefangen“ wäre in diesem Fall auch ein falscher Zungenschlag ...

Pankow bremst den Verkehr

Stellungnahme der Bundesbahn zu östlicher Beschuldigung

Frankfurt/M. (DPA/Eigenmeldung). Die Hauptverwaltung der Bundesbahn hat sich erneut für einen verstärkten Interzonenverkehr ausgesprochen. Sie nahm gleichzeitig zu einer Meldung der Sowjetzonenagentur ADN Stellung, in der die Bundesregierung beschuldigt worden war, die für den 23. Mai vorgesehene Aufnahme des fahrplaumäßigen Schnellverkehrs Stockholm—Saßnitz—München „sabotiert“ und eine Probefahrt abgesetzt zu haben.

Diese Zugverbindung, so erklärt die Bundesbahn, sei lediglich in den Entwürfen zum neuen Sommerfahrplan enthalten gewesen, aber nie im endgültigen Fahrplan oder im neuen Kursbuch. Die Sowjetzonenbahn habe der Bundesbahn auch keinen Termin zu einer Probefahrt genannt, sondern nur eine Probefahrt angekündigt.

Unter der Überschrift „Gebremsster Interzonenverkehr“ schreibt der Deutschland-Uniondienst der CDU/CSU: „Während überall im Bundesgebiet die Zahl der Schnellzugverbindungen vermehrt worden ist, geschieht im Interzonenverkehr trotz der westlichen Angebote nichts.“ Selbst die geplanten zusätzlichen D-Züge Magdeburg—Düsseldorf, die nur den Bewohnern der Sowjetzone zugute gekommen wären und die bereits in Berlin überfüllten Interzonenzüge entlasten sollten, seien den Rotstiften der östlichen Verkehrs-experten zum Opfer gefallen.

Die Tatsache, daß die Abfahrtstafel jedes westdeutschen Kleinstadtbahnhofs heute mehr Züge aufweise als die im Berliner Fernbahnhof Zoo, beweise zur Genüge, daß die Pankower Proteste gegen eine angebliche Behinderung des Interzonenverkehrs nur Agitationszwecken dienen.

Die S-Bahn-Mißstände

Berlin (DPA). Der Dezernent für Streckenwesen bei der Berliner S-Bahn, Porella (SED),

soll, nach Informationen des Untersuchungsausschusses freihöflicher Juristen, unter Protest sein Amt niedergelegt haben. Der Funktionär habe sich zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, weil dringend benötigtes Oberbaumaterial für die Berliner S-Bahn nicht eingetroffen sei.

Der S-Bahn-Dezernent Kittlaus soll, nach den Angaben des Untersuchungsausschusses, kürzlich in einem Bericht an die sowjetisch kontrollierte Reichsbahndirektion Berlin erklärt haben, der Oberbau der Ber-

liner S-Bahn sei betriebsgeföhrend, die meisten Wagen seien schrottreif und die Sicherungsanlagen völlig ungenügend.

New York—Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Am Pfingstsonntag um 18.30 Uhr landete in Berlin der erste direkt aus New York kommende „Super-6-Clipper“ der PAA. Die Gäste wurden auf dem Flughafen Tempelhof von der Stadt Berlin mit einem Willkommenstrunk, einem Krug Bier, empfangen. Der Clipper verließ Berlin-Tempelhof wieder am Pfingstmontag um 16.30 Uhr. Als Gruß schickte die Stadt Berlin dem New-Yorker Bürgermeister Robert Wagner einen Brief des Regierenden Bürgermeisters Dr. Schreiber, sowie ein vom RIAS in deutscher und englischer Sprache aufgenommenes Tonband „Das ist Berlin“.

Riesentanker lief vom Stapel

Hamburg (DPA). Die „König Saud I.“, der größte Tanker der Welt, lief am Sonnabend bei den Howaldtwerken in Hamburg unter der Flagge Saudi-Arabiens vom Stapel.

Über 25 000 Gäste, an ihrer Spitze der saudiarabische Handelsminister, Vizekanzler Blücher, Bürgermeister Dr. Sieveking und Vertreter des diplomatischen Korps waren auf der Werft zugegen. Die Fürstin Annemarie von Bismarck taufte den Supertanker im Beisein des Reeders Onassis mit Mekka-wasser. Zehntausende verfolgten dichtgedrängt auf den Kaimauern der benachbarten Hafenbecken dieses größte Schiffsbauereignis des Jahres.

Unter dem Jubel der Menge glitt der 237 Meter lange Riese,

der mindestens 25 Millionen DM kostete, ins Wasser. Hinter einer allmählich abrollenden, hohen Stauwelle kam der mit festlichem Grün geschmückte, gewaltige Schiffsleib zum Stehen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 18 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag, um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 92-02 31, Druck: W. Büxenstein, GmbH.